

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland: Geschlechterparität in der Politik herstellen

Begründung:

Seit der Gründung des Landes Brandenburg hat die Gleichstellung von Frauen und Männern Priorität in der Landespolitik. Grundlage dafür ist die Landesverfassung. Unterstützt wird die rechtliche Durchsetzung der politischen Teilhabe von Frauen durch das Landesgleichstellungsgesetz und das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm.

Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland gibt es aber in vielen Bereichen von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft noch keine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern. Gerade in politischen Positionen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Das heißt, sie haben weniger Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Wissenschaftlichen Untersuchungen zu Folge setzen sich Politikerinnen tatsächlich stark für die Belange der Frauen ein. Die Erfolgsbilanz der frauenpolitischen Initiativen hält sich angesichts struktureller Einbindungen und gegebener Kräfteverhältnisse jedoch in Grenzen.

Im Brandenburger Landtag sind nur 38,6 Prozent der Abgeordneten weiblich. Auf kommunaler Ebene liegt der durchschnittliche Anteil der Frauen unter einem Viertel. Aktuell gibt es nur eine Landrätin und keine Oberbürgermeisterin.

Der Soziologe Ulrich Beck hat die Realitäten in Sachen Geschlechterparität als „verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“ charakterisiert. Der Internationale Frauentag ist ein guter Anlass, die Ursachen dieser „Verhaltensstarre“ zu analysieren sowie über ihre Überwindung und die Förderung politischer Teilhabe von Frauen im Land Brandenburg zu debattieren.